

Vor dem Krisengipfel wächst die Kritik an der EU-Politik

In Brüssel findet am Donnerstag ein EU-Krisengipfel statt. Die Hauptthemen: Verfassungsvertrag und Finanzplan.

Es wäre alles so einfach, gäbe es die Bürokraten von Brüssel nicht. Man kann nicht über die gewachsenen Völker einen Einheitssack drüberstülpen. Vielmehr muss in Selbststreichungen der Bürger am Beginn der kleinsten gemeinsamen Nenner für Zusammenarbeit gefunden werden. Auf dieses Gerüst kann nach und nach die Festigung und Erweiterung in Europa bewerkstelligt werden. Der Wille für ein Europa souveräner Staaten ist sicher vorhanden.

Die sakrosankte Wachstumsphilosophie nützt nur den Gelddruckern. Das Sozialsystem ist kaum finanzierbar. Wenn jeder unterstützt wird, unabhängig ob jemals Beiträge geleistet wurden, kann das auf Dauer nie gut gehen. Nichts ist kompliziert, man muss nur Verbesserungen wollen. Das darf man am Wahltag nicht vergessen.

*Hubert Mikas
per eMail*

Nach den Katastrophen der beiden Weltkriege wurde in den letzten Jahrzehnten ein friedliches Europa mit gemeinsamen Werten Wirklichkeit. Durch die Erweiterung der EU als eine Gemeinschaft des Friedens, des Rechts, der Stabilität und des Wohlstandes ist Europa heute das weltweit größte und erfolgreichste Friedensprojekt der Welt.

Wer ein starkes, friedliches und sicheres Europa in der Welt vor Augen hat, für den ist nicht einzusehen, warum zwei Länder die anderen bei dem für Europa so wichtigen Verfassungsvertrag einfach aufhalten können. Der EU-Verfassungsvertrag ist bereits von zehn Ländern – darunter auch Österreich – ratifiziert worden.

Das, was vor vier Wochen richtig war, kann doch einfach heute nicht falsch sein!

*Bernhard Moser
1060 Wien*

Bei einem kürzlichen Besuch in Wien habe ich mir ein Exemplar der „Verfassung für Europa“ aufgehabt, herausgegeben vom Bundeskanzleramt. Die Lektüre dieser 56 Seiten konnte ich nur in einigen Etappen bewältigen, kein Schlafmittel könnte besser wirken. Diese Lektüre zeigt aber auch, wie sehr sich unse-

re heutigen Politiker vom alltäglichen Leben der Bürger in der EU abgehoben und keinerlei Verbindung mehr zu den Realitäten haben.

Es ist auch das „Recht zu arbeiten“ erwähnt; was wohl die Arbeitslosen dazu zu sagen haben? Wer soll denn die Wirtschaft noch ankurbeln, wenn einmal alle von der Arbeitslosenunterstützung bzw. Sozialhilfe leben müssen, wenn Pensionisten keine Kaufkraft mehr haben und alle bei den Banken und Kreditkartenfirmen verschuldet sind? Ich kann vor „amerikanischen Zuständen“ nur eindringlich warnen. Ich sehe hier täglich, was der ungezähmte Turbokapitalismus den Menschen für Schaden zufügt!

*Otto H. Steidl
Brampton, Ontario*

durften wir erst gar nicht abstimmen, obwohl sie uns zur bisherigen mehr Nachteile als Vorteile bringt! (Europäischer Haftbefehl, Gentechnik-Lebensmittel, etc.) Wann wird der Österreicher zu seinem enormen Fleiß auch endlich mündig?

*Richard Leopold Tomasch
9143 St. Michael*

Mit großem Erstaunen habe ich den Richtungs-schwenk der SPÖ zur Europapolitik wahrgenommen. Jahrelang hat die SPÖ die Richtung der Europapolitik bestimmt. Nicht zuletzt ein Kanzler der SPÖ – Vranitzky – führte uns in die EU.

Jetzt sitzt die SPÖ, was ich anfangs bedauerte, nicht mehr in der Regierung und glänzt bei jedem Thema mit unerfüllbaren Vorschlägen

Christoph Kotankos Kommentar „Markt, Moral, Marx und Murx“ hat mir sehr gut gefallen. Ich gebe ihm Recht, dass die EU-Mitgliedstaaten in vielen Bereichen die Verantwortung tragen. Was er in diesem Zusammenhang allerdings nicht erwähnt, ist das Fehlen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik in Europa. Die Problematik haben wir beim Einsetzen der Stagnation im Jahr 2001 ganz klar gesehen: Die Mitgliedstaaten verfolgen unterschiedliche Strategien.

Vielleicht benötigt Europa eine weitere Verringerung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten – oder freundlicher formuliert: Eine koordinierte (de facto gemeinsame) Wirtschaftspolitik.

*Thomas Scheutz
per eMail*

ments ist eine demokratische Alibihandlung – es gibt keinen Bezug zwischen den „Volksvertretern“ und ihren Wählern.

Als besonderes Beispiel möchte ich den Primat des Wettbewerbsgedankens bzw. der „Liberalisierung“ in der EU hervorheben. Diese Politik, die massiv in das Leben der Bürger eingreift und sich zum Teil gegen diese richtet, wurde in keinsten Weise mit diesen abgestimmt.

Ob Müntefering klug, staatsmännisch, ausgewogen, zu radikal war, mit seiner Meinung richtig lag – darüber kann man diskutieren. Tatsache ist, dass wir tagtäglich Zeugen einer Unternehmenspolitik werden, die teilweise wohl nicht einmal aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen sinnvoll ist.

*Michael Grafl
per eMail*

Im KURIER-Artikel vom 13. Juni auf Seite 2 stellt Finanzminister Grasser eine Zahlung von 910 statt 890 Euro in Aussicht. Diese 20 Millionen Euro mehr werden von ihm und dem Kommentator auf Seite 1 mit 2,5 Euro pro Österreicher marginalisiert.

Gleichzeitig wird aber geschrieben, dass diese 20 Millionen einer Steigerung von 1 auf 1,06 Prozent des Bruttonationalproduktes (BNP) entsprechen. Das hätte ich aber gerne erklärt. Vergessen wir von hundert, in hundert und auf hundert Rechnung. 890 Millionen sind also die Basis und entsprechen 1 Prozent des BNP. Demgemäß sind 1,06 Prozent des BNP um sechs Prozent mehr, ich kann rechnen wie ich will – im Kopf und mit allen mir zur Verfügung stehenden Rechnern – es kommen immer 53,4 Millionen Euro heraus. Umgelegt auf acht Millionen Österreicher sind das noch immer erst 6,675 Euro pro Kopf, aber doch 267 Prozent des genannten Betrages. Für einen Finanzminister eine beachtliche „Verschätzung“

*Rudolf Mittendorfer
per eMail*

Seitenlang wird in Leserbriefen und Zeitungsartikeln über die vom Steuerzahler angeblich unbeeinflussbare Politik der EU gewettert und dabei übersehen, dass der Souverän, der Wähler, auch in Österreich kaum von ihm

gewünschte politische und verwaltungstechnische Vorgaben durchsetzen kann.

Wo bleibt die von der Mehrheit der Wähler ersehnte Verkleinerung des Nationalrates, der Landtage und die – unabhängig vom Geisteszustand einiger dort urlaubender Mandatäre – erwünschte Abschaffung des Bundesrates? In der jetzt so geschmähten Bundesrepublik Deutschland wurden zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen sehr wohl zwanzig Abgeordnete eingespart. Aber in Österreich lassen sich die Parteien jeder Couleur die Beschickung der politischen Wärmestuben mit teilweise politischen Auslaufmodellen vom Wählerwunsch nicht beeinträchtigen.

*Harald Hagenhofer
8010 Graz*

Es ist schon erstaunlich, was der Künstler Friedensreich Hundertwasser bereits vor beinahe vier Jahrzehnten zum Thema „EU“ zu sagen hatte: „Diese EU ist eine riesige Titanic. Die Analogien zum Untergang der Titanic sind erschreckend. Hier wie dort: Konzeptlosigkeit, Größenwahn, Maßlosigkeit, blinde Technologiegläubigkeit und Geschwindigkeitswahn um jeden Preis.“

*Walter Koren
8463 Glanz*

Lob für klare Stellungnahme

Zu „Krieg macht Kriegsverbrecher“ vom 7. Juni.

Zum Kommentar über Krieg und Kriegsverbrecher möchte ich Livia Klingl sehr, sehr gratulieren. Es ist wichtig, diese Dinge so klar zu benennen.

*Prof. Dr. Otmar Höll
1040 Wien*

Die Metamorphose der Grünen

Ehemalige Grundsatzpositionen werden aufgeweicht.

Die Grünen wandeln sich nicht nur äußerlich – modisch gekleidet – zu einer Schicki-Micki-Systempartei, die ihre ehemalige Hoffungs-ideologie (grün und sozial) auf dem Weg zur Regierungsbeteiligung „verliert“. Die umfassende Unterstützung dieser EU-Verfassung durch die Grünen – entgegen ihrer alten Ablehnung – ist nur ein weiterer Schritt weg von ihrer früheren Basis.

*Jürgen Hirsch
1120 Wien*

Kunststücke der Gärtner



Das Wiener Stadtgartenamt bringt die Großstadt zum Blühen

REINHARD VOGEL

Ich finde es grandios, was das Wiener Stadtgartenamt leistet. Vergleichbares gibt es in diesem Land kaum. Mit welcher Liebe zum Detail und welchem Übermaß an Akribie die Stadtgärtner Tolles für die Stadt leisten, gefällt mir einfach. Zu jeder Jahreszeit ist da was los. Bei jeder Verkehrsinsel ein gepflegtes Blütenmeer – auch mit witzigen Hinweisschildern wie: „Hier schlafen Tulpen“. Gingkobaume als Straßenbepflanzung – einfach schön!

Fast jede Woche komme ich aus Oberösterreich nach Wien und sehe mit Freude, wozu die öffentliche Hand fähig ist, wenn man ihr Freiheit lässt.

Renate Fischer, per eMail

Schon jetzt stöhnt Österreich unter den hohen Beitragszahlungen, die es an die EU abliefern muss! Trotzdem wird fieberhaft über die Neuaufnahme finanzschwacher Länder verhandelt.

Deshalb wundert es mich, dass sich gerade die österreichischen Politiker dafür sehr stark machen.

Über eine neue Verfassung

und Populismus pur (z.B. Zick-Zack-Kurs bei den Schulgesetzen, jetzt Neustart und Wieder-Einberufung des EU-Verfassungskonvents).

Ich wünsche mir eine SPÖ, die eine Politik für die Menschen macht und sich nicht immer auf bestehende Meinungen draufsetzt.

*Mag. Walter Klinger
1030 Wien*

Die nicht ernstgenommenen Bürger, „fühlen“ richtig. Im „Europa der Bürger“ bewegen sich die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürger im Bereich von Null. Gesetzesinitiativrechte, Volksabstimmungen, Volksbefragungen, Veto-Referenden und dergleichen sind nicht vorgesehen. Die Wahl des europäischen Parla-

SCHREIBEN SIE AN DEN KURIER, 1072 WIEN, LINDENGASSE 52. LEIDER KÖNNEN WIR NICHT ALLE EINGELANGTEN BRIEFE VERÖFFENTLICHEN. AUSERDEM MUSS SICH DIE REDAKTION KÜRZUNGEN VORBEHALTEN

► eMAIL: leser@kurier.at

GELEITET VON CHRISTIAN BARTOS

GASTKOMMENTAR

Brüssel, wir haben ein Problem

VON LEO LENHART



Ein neues Feindbild hat Hochsaison – gemeint ist die Europäische Union.

Die EU ist schuld an hoher Arbeitslosigkeit, schuld an Bürokratie. Sie schränkt unsere Freiheit ein, bevormundet uns und ihr Euro ist ohnedies nur noch der „Teuro“. Es gibt kaum etwas, wofür die Union nicht als Sündenbock taugt.

Oppositions- und Regierungsparteien in ganz Europa bedienen sich des neuen Feindbildes, um für ihre volksnahe Politik zu werben. Selbst längst überwundene Nationalsymbole wie eine eigene Währung werden plötzlich wieder herbeiklammert. Es scheint, als sei ein Damm gebrochen und ein aufgestauter Fluss von Anti-EU-Proklamationen überflutet das Land.

Und wie reagiert das offi-

zielle Europa? Es hat keinen Plan B für die Verfassungsabstimmungen. Der Ratifizierungsprozess soll auf keinen Fall gestoppt werden und Brüssel fordert mehr Geld für den EU-Haushalt. Aus Sicht der Bevölkerung in den einzelnen Ländern wirkt das sehr abgehoben, überheblich und irgendwie auch präpotent. Und es nährt vor allem das neue Feindbild EU.

Aus gegebenem Anlass daher ein Notruf: „Brüssel, wir haben ein Problem. Und zwar ein Verständnisproblem. Die Menschen Europas für die die Union erdacht war, verstehen nicht

mehr, warum die EU für sie gut sein soll.“

Die Europäische Union, entwickelt als ein Lösungsansatz für die großen Probleme einer globalisierten Welt, ist plötzlich zum Problem selbst geworden. Zu Unrecht. Denn wenn wir fordern: „Weniger Macht nach Brüssel“, dann muss uns auch bewusst sein, dass wir allein gegen die Auswirkungen des Globalisierungswahnsinns noch weniger Chancen haben, als in einem vereinten Europa. Wenn wir die EU nicht erweitern, weil uns das als Nettozahler zu teuer kommt, streichen wir gleichzeitig die

aussichtsreichste Investition in unsere wirtschaftliche Zukunft. Wo bitte soll das ersehnte Wachstum in Europa herkommen, wenn nicht aus dem Osten, wo es massiven Nachholbedarf gibt? Österreichische Firmen (wie die OMV, die Erste Bank, Raiffeisen, mobilkom) haben längst bewiesen, wo ihre Zukunftschancen sind – im Osten.

Die EU ist nicht das Problem, das Verhältnis zu ihrer Bevölkerung ist das wahre Problem. Deshalb: „Brüssel, wir haben ein Problem! Komm heraus aus den abgehobenen Denkmustern, steig herab vom Thron.“

Wir Menschen in Europa

brauchen die EU, um Antworten auf die globalen Herausforderungen zu finden. Und wir verlangen nach einem Mindestmaß an echten Entscheidungsmöglichkeiten. Wir fordern einen Plan B und darüber hinaus auch einen Plan C.

Nur wenn Brüssel verstehen lernt, was der Bevölkerung Angst macht und was sie bewegt, kann es die richtigen Antwortmöglichkeiten ausarbeiten und die Menschen in Europa werden wieder bereit sein für ein vereintes Europa.

► LEO LENHART ist Projektmanager und Unternehmensberater.